

DOROTHEENSTRASSE 101



Monatsrundbrief Mai 2020

HANSJÖRG MÜLLER, MdB

3. Rundbrief an die AfD- Mitglieder im Wahlkreis und Interessierte

MAI 2020 - ARBEIT IN BERLIN



Hansjörg Müller, MdB
Außenwirtschaftspolitischer Sprecher
1. Stv. Landesvorsitzender Bayern

Wirtschaftskonzept für die AfD

Diesen Monat möchte ich Euch, liebe Kreisverbandsmitglieder aus Traunstein und dem Berchtesgadener Land, über mein Wirtschaftskonzept informieren, an dem ich gemeinsam mit einem ganzen Stab an teilweise sehr bekannten Fachleuten über 2 Jahre gearbeitet habe. Es ist jetzt fertig und erscheint bald als Buch unter dem Titel "Soziale Marktwirtschaft statt globaler Finanzoligarchie - heimische Wirtschaft zuerst". Euch stelle ich es gerne vorab zur Verfügung und würde mich sehr freuen, wenn Ihr es lest und mir bei unserem nächsten Treffen Fragen dazu stellt.

Bisher präsentierte ich meinen Vorschlag für ein AfD-Wirtschaftskonzept deutschlandweit vor einem Landesverband und vor 35 Kreisverbänden. Die Reaktionen waren ausnahmslos positiv. Vor allem wird es in allen Bereichen unserer Partei gleich gut aufgenommen, womit es einen weiteren wichtigen Zweck - zusätzlich zu seinem fachbezogenen Inhalt - erfüllt: alle Mitstreiter in unserer AfD zu vereinigen, von den Wirtschaftsliberalen bis zu den Nationalpatrioten, Ost und West, Arbeiter und Unternehmer. Es ist höchste Zeit, das unselige Lagerdenken in unserer Partei endlich zu überwinden!

Viele meinen, zu wissen, welchem „Lager“ ich angehören würde. Das ist eine Frage des Blickwinkels: da ich gleichzeitig wirtschaftsliberal und nationalpatriotisch bin, wird es schwierig, mich ausschließlich in eine der beiden Schubladen zu stecken. Was ich wirklich im Innersten meiner Überzeugung denke, mein „Glaubensbekenntnis“, findet ihr hier:

Einfach die beiden Links hier runterladen, dort steht alles drin:

Interessen verschiedener Unternehmenstypen

Wirtschaftskonzept Text

Ein „Germany First“ bei der Bundesregierung? Nicht wirklich!

Frühling 2020: während das Land in Covidiotie gefangen ist, liegt im Bundestag eine wichtige Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) vor. Das klingt auf den ersten Blick langweilig, ist es aber nicht. Entgegen des ersten Eindrucks geht es nicht um Handelsfragen, sondern um den Umgang mit ausländischen Direktinvestitionen in Deutschlands Unternehmen. Dies umfasst insbesondere den Anteilsverkauf bzw. Übernahmen.

So beabsichtigt das noch vor Corona vorbereitete Gesetz, hier Kontrollen durch diverse Ministerien einzuführen, um für Deutschland systemrelevante Unternehmen vor Übernahmen zu schützen und Technologieabfluss zu verhindern. Dies ist augenscheinlich erst einmal ein Schritt in die richtige Richtung für ein „Germany First“. Während die FDP noch darüber laboriert, dass die Formulierungen für „systemrelevant“ so schwammig definiert sind oder die Befugnisse der Exekutive zu weit gingen, ist die AfD Marschrichtung recht klar. Die Bundesregierung will ganz absichtlich breit gefasste Befugnisse und Definitionen, um viele Investitionen aus China und Russland zu blocken.

Denn die Sache hat einen Pferdefuß. Denn damit dies wirklich Pro-Deutschland funktionieren kann, müsste die Bundesregierung wirklich national denken. Die fortwährende EU-Hörigkeit oder die lächerliche Passivität zur aggressiven US-Agenda das Nordstream-2-Projekt zu sabotieren, machen dies illusorisch. Dann bleibt nur eine gefährliche Alternative: Es wäre ein Anti-China/Russland-Gesetz, denn dann könnten die USA auf unsere Ministerien in Hinterzimmern nun erheblichen Druck ausüben, viele Investitionen aus China und Russland zu blocken.

Aus diesem Grund sowie zur Vermeidung von absurder Bürokratie wegen ständiger Prüfungen durch diverse Ministerien, schlägt die AfD eine Ergänzung um steuerliche Aspekte vor. Steuern sollen ja auch steuern. Direkte und indirekte Mittel, die ein Unternehmen von der öffentlichen Hand bspw. in Form von Subventionen oder Forschungsgeldern erhalten hat, sollten bei einer Firmenübernahme durch einen ausländischen Investor steuerlich erfasst und rückgefordert werden. Dies schreckt ausländische Käufer ab, egal ob aus den USA oder China, rein aus kurzfristigen Interessen, also Heuschreckengier oder Technologieklaue, eine solch motivierte Übernahme überhaupt erst anzustreben.

Euer Hansjörg Müller,

Wahlkreisabgeordneter für Traunstein und Berchtesgaden